

24
85

Union in Deutschland

Bonn, den 15. August 1985

Heiner Geißler:

Grundsätzlicher Kurswechsel der SPD in der Außenpolitik

Mit der Ablehnung des NATO-Doppelbeschlusses, der von der Regierung Helmut Schmidt gefaßt worden war, durch den Kölner SPD-Parteitag im November 1983 hat die SPD einen grundlegenden außenpolitischen Kurswechsel in der Opposition vorgenommen. Politiker wie Brandt, Bahr, Lafontaine, Eppler und andere haben diesen Kurswechsel der SPD herbeigeführt und bestimmen heute ihre Außenpolitik. Das erklärte Generalsekretär Heiner Geißler in Bonn bei der Vorlage einer Dokumentation über anti-amerikanische Tendenzen in der SPD.

Der außenpolitische Kurswechsel der SPD hat seine Ursache in einer falschen Analyse der außen- und sicherheitspolitischen Lage in Europa und in der Welt. Die SPD verkennt die grundlegenden Ursachen des Ost-West-Gegensatzes. Die Spannungen zwischen Ost und West sieht die SPD

EMNID:

Helmut Kohl klar vor Vogel

Die Meinungsforscher des EMNID-Instituts haben der Bundesregierung signalisiert, daß Bundeskanzler Helmut Kohl und seine Minister bei den Wählern langsam wieder an Sympathie gewinnen.

In einer am Montag vergangener Woche abgeschlossenen Umfrage von EMNID erreichten:

- CDU 44 Prozent
- SPD 40 Prozent
- FDP 8 Prozent
- Grüne 8 Prozent

Der EMNID-Umfrage zufolge ist auch Kanzler Kohl in der Beliebtheits-Skala aus seinem Tief heraus: Helmut Kohl liegt jetzt mit sieben Prozent (im Juli: drei Prozent) vor Oppositionsführer Hans-Jochen Vogel.

Die größte Verbesserung für Familien seit Bestehen der Bundesrepublik

Die Wende in der Gesellschafts- und Familienpolitik ist vollzogen. Vor Journalisten in Bonn zog der stellvertretende Bundesvorsitzende Bernhard Worms eine erfolgreiche Bilanz der Familienpolitik der Bundesregierung. Ausführlicher Text im grünen Teil dieser Ausgabe.

nicht mehr in der Unvereinbarkeit von Freiheit und Diktatur begründet, sondern vorrangig im machtpolitischen Konkurrenzverhältnis zweier Großmächte. Der ideologisch-politische Konflikt gegensätzlicher Wert- und Gesellschaftssysteme wird von der SPD umgefälscht zu einer quasi nationalstaatlichen Rivalität zwischen Machtblöcken. Mit doppeldeutigen Begriffen und Formulierungen wie „Sicherheitspartnerschaft“ oder Bezeichnung der Sowjetunion als „Verbündete im Kampf ums Überleben“ verschleiert die SPD-Führung den grundlegenden Dissens

in prinzipiellen Fragen z. B. der Demokratie und der Menschenrechte zwischen Ost und West.

Der SPD fehlt in der außenpolitischen Analyse die Trennschärfe. Sie leidet unter einer akuten politischen Wahrnehmungsstörung und einem zeitgeschichtlichen Gedächtnisverlust. Sie hat verdrängt, wer Frieden und Freiheit in Europa bedroht und wer sie den Deutschen garantiert. Spätestens seit ihrem Wechsel in die Opposition ist die Außenpolitik der SPD zu einer abhängigen Variablen innenpolitischer Stimmungslagen geworden.

Bedrohung durch die Sowjets wird verharmlost

Basierend auf der falschen Analyse kommt die SPD zu falschen Schlußfolgerungen in der Außenpolitik, die den deutschen Interessen schaden:

Die Bedrohung, die vom sowjetischen Kommunismus und seiner expansiven Außenpolitik für Westeuropa und die übrigen Nachbarstaaten der Sowjetunion ausgeht, wird von der SPD verharmlost. Egon Bahr tut sie als „reinen Blödsinn“ ab. Die Menschenrechtsverletzungen in der Sowjetunion, in Afghanistan, Vietnam, Polen und in anderen sozialistisch-kommunistischen Staaten werden verschwiegen. Die SPD besitzt nicht mehr die Unabhängigkeit und innere Kraft, unangenehme Vorgänge und Realitäten in kommunistischen Staaten beim Namen zu nennen und daraus entsprechende politische Folgerungen zu ziehen. Die Tabuisierungsstrategie der SPD gegenüber den kommunistischen Menschenrechtsverletzungen ist einer der Gründe dafür, warum in der öffentlichen Diskussion der totalitäre Charakter kommunistischer Systeme immer weniger gesehen wird.

Es gibt weder Protestaktionen noch Demonstrationen der Sozialdemokraten gegen den Krieg Vietnams in Kambodscha noch gegen den Überfall der Sowjetunion

auf Afghanistan. In der politischen Auseinandersetzung um Mittelamerika ergreift die SPD jedoch einseitig Partei gegen die Vereinigten Staaten zugunsten des sandinistischen Regimes in Nicaragua und beschönigt die dortigen Menschenrechtsverletzungen. Hingewiesen auf die Menschenrechtsverletzungen in Nicaragua stellt Willy Brandt einen „gewissen revolutionären Subjektivismus“ (FAZ, 25. Juli 1985) in Nicaragua fest, der ihm nicht gefalle. Wer innerhalb der SPD gegen diese Ausblendung der unangenehmen Realitäten protestiert, wie zum Beispiel Gesine Schwan, Horst Niggemeier oder Martin Kriele, wird entweder als „Kolporteur der CDU-Propaganda“ (Bahr) beschimpft oder mit Ausschlußdrohungen unter Druck gesetzt.

Vom Hunger bis zur drohenden atomaren Katastrophe — führende Sozialdemokraten machen die USA und die amerikanische Politik dafür verantwortlich; sie sehen die Wurzeln allen Übels in Washington. Den USA werden „imperialistische Großmachtpolitik“ und „Völkermord in Mittelamerika“ vorgeworfen. Es müßte die SPD jedoch nachdenklich stimmen, daß die anti-amerikanischen Äußerungen vieler SPD-Politiker der Propagandalinie der

Sowjetunion entsprechen, wie wir sie aus der PRAWDA kennen. Es gehört zur politischen Strategie der Sowjetunion, westlichen Demokratien fälschlicherweise das anzulasten, was Kommunisten praktizieren. Anstatt diesen „dialektischen Dreh“ (Karl R. Popper) zu entlarven, erweckt die SPD den Eindruck, darauf hereinzufallen.

„Vorwärts“ dient den Sowjets als Sprachrohr

So können wir seit dem 3. August die sowjetische Propaganda auch im Originalton im SPD-eigenen VORWÄRTS nachlesen. Lev Tolkunow, Vorsitzender des Unionssowjets des Obersten Sowjets der UdSSR:

„Bonn ließ sich im Widerspruch zu rechts-gültigen Verträgen und Abkommen, man kann wohl sagen, auch entgegen der Ansicht der meisten Bundesbürger, vor den Wagen amerikanischer Kriegsvorbereitungen spannen und macht aus seinem Land das wichtigste Aufmarschgebiet für amerikanische Erstschlagsraketen. Zum ersten Mal seit der Kapitulation des Dritten Reiches kann deutscher Boden erneut als Ausgangspunkt für einen Schlag gegen das sowjetische Staatsgebiet benutzt werden.“

Und ZK-Mitglied Vadim Sagladin beschreibt den USA unter anderem, daß ihr politischer Kurs „eine reale Bedrohung für den Weltfrieden bildet“.

Es ist in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland ein einmaliger politischer Vorgang: In der Wochenzeitschrift der Oppositionspartei dürfen sowjetische Spitzenfunktionäre unwidersprochen und ohne einschränkenden Kommentar die Politik der Bundesregierung verunglimpfen und unsere amerikanischen Verbündeten beschimpfen. Die SPD fällt damit der Bundesregierung und den USA in den Rücken.

Die SPD empfiehlt der deutschen Außenpolitik, sich aus dem Ost-West-Konflikt in eine bequeme Nische zurückzuziehen, aus der sie das Treiben der Supermächte als neutraler Schiedsrichter verfolgt und mit Zensuren versieht. Sie träumt den alten gefährlichen deutschen Traum von einer Brücken- oder Mittlerfunktion Deutschlands und Europas zwischen Ost und West. Das ist nationalistischer Neutralismus von links.

Angesichts des außenpolitischen Kurswechsels in der SPD brauchen wir in der Bundesrepublik Deutschland eine neue Aufklärung über die Ordnung der Werte und über die Rangfolge der politischen Ziele. Wir brauchen eine geistige und politische Offensive, die wieder klarmacht, daß es wahren Frieden ohne Freiheit und Menschenrechte nicht gibt. „Wer glaubt, daß man für Frieden eintreten kann und die Menschenrechte ignorieren, der schadet beiden“ (Lev Kopelew am 30. Juli 1985 im Deutschlandfunk). ■

184 Tote seit dem Mauerbau

184 Deutsche sind seit der Errichtung der Mauer bei Fluchtversuchen in den Westen von DDR-Grenzposten erschossen worden. Mauer und Schießbefehl aber sind bis heute Realität. Auf diese unmenschliche Weise verwehrt das SED-Regime auch heute noch den Deutschen in der DDR ihr selbstverständliches Recht auf Freizügigkeit. Die Mauer ist daher ein augenscheinlicher, unverändert aktueller Beweis für die rigorose Brutalität, mit der das kommunistische Regime in der DDR über seine Untertanen herrscht. Der DDR muß immer wieder vor Augen gehalten werden, wie sehr ihr internationales Ansehen durch die Existenz der Mauer und des Schießbefehls beeinträchtigt wird. Die Regierung in Ostberlin sollte daher der Bevölkerung in Mitteldeutschland Schritt für Schritt Freizügigkeit gewähren.

■ WIRTSCHAFT

Gründungswelle

Das neue Ansparprogramm der Bundesregierung für Existenzgründer war zehn Tage nach seinem Start bereits zu zwei Dritteln ausgebucht. Der wirtschaftspolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag, Matthias Wissmann, sagte, seit dem 1. August hätten „mindestens“ 13000 potentielle Unternehmer bei Banken und Sparkassen einen Antrag auf Förderung gestellt. Der Bundeshaushalt ermöglicht in diesem Jahr 20000 Förderzusagen. Wissmann berief sich auf Informationen der Lastenausgleichsbank (LAB), die das Programm verwaltet. Dabei werden nach dem Vorbild des Bausparens staatliche Prämien bis 10000 Mark für Sparverträge zur Neugründung eines Unternehmens gezahlt.

Wissmann meinte, in der Wirtschaft der Bundesrepublik gebe es seit etwa zwei Jahren eine Existenzgründungswelle. 1983 und 1984 seien jeweils rund 17000 Betriebsgründungen mit rund 85000 Arbeitsplätzen aus Bundesmitteln gefördert worden. Dies deutete er als ein Zeichen der wieder gewachsenen Vitalität der Volkswirtschaft und einer allgemeinen Klimaverbesserung.

Autoindustrie vor neuem Rekord

Zu den positiven Meldungen über die Produktionsentwicklung in der deutschen Automobilindustrie erklärt der wirtschaftspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Matthias Wissmann: Allem Anschein nach steht die deutsche Automobilindustrie vor einem neuen Produktionsrekord. Das Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung rechnet für das 1. Halbjahr 1985 mit einer Pkw-Produktion von

2,21 Mio. Stück. Das entsprechende Vorjahresergebnis wird damit um 23,5 % übertroffen. Auf das ganze Jahr gesehen dürfte die Automobilproduktion um 11 % über dem Wert des Jahres 1984 liegen. Mit 4,21 Mio. Pkw — so die Prognose von Ifo — würde ein absoluter Rekordwert erreicht. Das bisherige Spitzenergebnis des Jahres 1979 von 3,93 Mio. Pkw würde mit dem Überschreiten der 4-Mio.-Grenze deutlich übertroffen.

Diese Entwicklung erklärt sich nicht nur aus der Auflösung des Katalysator-Staus und den guten Ergebnissen, welche die deutsche Automobilindustrie im Moment im Export erzielen kann. Die Bürger haben durch unsere konsequente Wirtschafts- und Stabilitätspolitik wieder Vertrauen in die wirtschaftliche Zukunft gefaßt und bestellen deshalb auch wieder mehr Autos. Die guten Produktionsziffern wirken sich mittlerweile auch in steigenden Beschäftigungszahlen aus. Gegenüber 1970, als etwas über 3,5 Mio. Pkw produziert wurden, beschäftigt die deutsche Automobilindustrie bereits 60000 Arbeitnehmer mehr. Allein zwischen April 1984 und April 1985 wurde die Beschäftigung um knapp unter 20000 Arbeitnehmer erhöht.

„Sommeraktion“ der CDU angelaufen

In der schleswig-holsteinischen CDU ist die „Sommeraktion '85“ angelaufen. Wie Generalsekretär Rolf Rüdiger Reichardt in Kiel mitteilte, beteiligen sich daran viele der 15 Kreis- und 700 Ortsverbände des über 42000 Mitglieder zählenden Landesverbandes. Ziel sei die Werbung neuer Mitglieder sowie die Mobilisierung der Partei im Vorfeld der Kommunalwahlen am 2. März 1986. Zu den Veranstaltungen gehören eine Ausbildungsstellen-Börse, ein Telefonring gegen die Einsamkeit älterer Menschen, Begrünungsaktionen und Dichterlesungen.

■ SOZIALPOLITIK

Die sozialpolitische Leistungsbilanz der CDU kann sich sehen lassen

Die SPD-geführte Bundesregierung ist nicht zuletzt an ihrer Unfähigkeit gescheitert, sachgerechte Antworten auf die elementaren, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Herausforderungen zu geben und den begonnenen Konsolidierungsprozeß zu Ende zu führen, erklärte der Parlamentarische Staatssekretär Wolfgang Vogt anlässlich der Vorlage einer sozialpolitischen Leistungsbilanz der CDU.

Das war die Schlußbilanz der alten Bundesregierung:

Die Wirtschaft wuchs nicht mehr, sie schrumpfte um 1,1 Prozent.

■ Die Preise stiegen mit einer Jahresrate von 5,4 Prozent.

■ Die Zahl der Arbeitslosen stieg um jährlich mehr als 40 Prozent.

■ Die Finanzierung des Bundeshaushalts erforderte eine ständig steigende Nettoverschuldung, zuletzt 37,6 Mrd. DM. Ein weiterer drastischer Anstieg war vorprogrammiert.

Das soziale Sicherungssystem befand sich in einer tiefen Strukturkrise. Die Entwicklung der Sozialausgaben war von der Entwicklung des Sozialproduktes abgekoppelt, der einzigen Quelle, aus der die Sozialleistungen auf Dauer gespeist werden.

Während zwischen 1970 und 1983 das Bruttosozialprodukt um rund 145 Prozent und die Bruttolöhne je beschäftigten Arbeitnehmer um rd. 150 Prozent angewachsen waren, stiegen die Ausgaben

- für die Arbeiterrentenversicherung um rd. 180 Prozent,
- für die Angestelltenversicherung um rd. 330 Prozent,
- für die Krankenversicherung um rd. 300 Prozent,
- für die Sozialhilfe um rd. 500 Prozent.

Die sozialpolitischen Handlungsmaximen dieser Bundesregierung: Ordnung und Orientierung

Wo immer möglich, haben wir die absolute Höhe der Leistungen selbst nicht angetastet, sondern künftige Zuwachsrate abgeflacht. Wo Leistungskürzungen unausweichlich wurden, sind wir behutsam und unter Beachtung sozialer Kriterien vorgegangen.

Bausteine eines längerfristigen Strukturkonzeptes

Ordnung ist die Grundlage für längerfristige Orientierung. Alle Sanierungsmaßnahmen sind Bausteine eines längerfristig angelegten Strukturkonzepts. Das Wirtschaftliche und das Soziale werden wieder enger miteinander verzahnt, die Sozialleistungen wieder fester verknüpft mit den realen Möglichkeiten unserer Volkswirtschaft.

Festigung der wirtschaftlichen Grundlage

Eine Politik, die es zuläßt, daß heute viel gegeben wird, obwohl bekannt ist, daß dann morgen die Kassen leer sein werden, macht sich des betrügerischen Bank-

rotts schuldig. Das war die Politik der SPD. Wir machen solide Politik. Dazu gehört auch die Festigung der wirtschaftlichen Grundlagen. Eine Schlüsselrolle spielt hier der schrittweise Abbau der staatlichen Neuverschuldung. Denn eine ständig steigende Staatsschuld, die vornehmlich konsumtiven Zwecken dient, verdrängt Investitionen. Die seit 1970 dramatisch gesunkene Investitionsquote unserer Wirtschaft belegt diesen Zusammenhang. Investitionen sind die Werkzeuge der Arbeitnehmer. Weniger Investitionen heißt: weniger und veraltete Werkzeuge. Das führt unweigerlich zum Verlust von Arbeitsplätzen. Der Investitionslücke entspricht die Beschäftigungslücke.

Schuldenmachen — doppelte Umverteilung von unten nach oben

Schulden machen heißt auch Zinsen zahlen. 1983 mußte allein der Bund 26,3 Mrd. DM an Zinsen aufbringen, 1969 waren es dagegen nur 2,2 Mrd. DM. Diese Zahlungen fließen auf die Konten jener, die wirtschaftlich in der Lage waren, staatliche Schuldtitle zu erwerben. Zahlen müssen es nicht zuletzt die Arbeitnehmer, die mit ihrer Lohnsteuer und durch die Verbrauchssteuern den großen Anteil tragen. Die Strategie der SPD führt sowohl beschäftigungspolitisch als auch sozialpolitisch in eine Falle, aus der es kein Entrinnen gibt. Noch mehr öffentliche Schulden führen zu weniger Wachstum und Beschäftigung; weniger Beschäftigung erfordert mehr Sozialaufwand. Mehr Sozialaufwand verursacht eine steigende Verschuldung — und damit beginnt die nächste Drehung dieses circulus vitiosus.

Preisstabilität ein Stück Verteilungsgerechtigkeit

Ein weiterer Erfolg dieser Bundesregierung ist die Senkung der Inflationsrate um volle 3 Prozentpunkte. Preisstabilität ist ein Stück Verteilungsgerechtigkeit. Die

Rückführung der Inflationsrate um rd. 3 Prozentpunkte bedeutet eine „Wertsteigerung“ der Einkommen von Arbeitnehmern und Rentnern um rd. 21 Mrd. DM.

Die Zwischenbilanz: Erfolgreiche Konsolidierung und neue Perspektiven

Die Konsolidierungspolitik der letzten Jahre war erfolgreich. Die fortschreitende Erosion des Systems der sozialen Sicherung ist gestoppt. Auf dieser Grundlage eröffneten sich bereits neue Handlungsspielräume für die Sozialpolitik. Das beweisen:

- Die Einführung des Kindergeldes für arbeitslose Jugendliche zum 1. Januar 1985
- Die Verlängerung des Arbeitslosengeldes für ältere Arbeitslose ab 1. Januar 1985
- Die kräftige Erhöhung der Sozialhilfe zum 1. Juli 1985
- Die Verbesserungen der Freifahrtregelung für Schwerbehinderte zum 1. Oktober 1985
- Die Erhöhung des Wohngeldes um 900 Millionen DM zum 1. Januar 1986

Arbeitsmarkt

Seit Herbst 1984 geht die Zahl der Beschäftigten nicht mehr zurück, sondern nimmt wieder zu.

Die Quote der Jugendarbeitslosigkeit liegt um 2 Prozentpunkte unterhalb der allgemeinen Arbeitslosenquote.

Das Vorruhestandsgesetz hat sich als beschäftigungspolitischer Volltreffer erwiesen. Mehr als 260 Tarifverträge sehen inzwischen entsprechende Leistungen vor. Die Entlastungswirkungen auf dem Arbeitsmarkt sind damit vorprogrammiert.

Das Beschäftigungsförderungsgesetz wird die Einstellungsbereitschaft der Betriebe positiv beeinflussen und den Ar-

beitslosen den Zugang zur Beschäftigung erleichtern.

Noch nie sind die Instrumente der aktiven Arbeitsförderung so intensiv und erfolgreich eingesetzt worden wie unter dieser Regierung. Dadurch konnte die Zahl der Arbeitslosen um mehr als 300 000 vermindert werden.

Dies ist insbesondere im Bereich der beruflichen Bildung auch ein Stück Zukunftsinvestition. In einer Zeit schnellen technischen Umbruchs kommt der beruflichen Qualifizierung der Arbeitnehmer höchste Priorität zu. Die Maßnahmen der beruflichen Bildung und betrieblichen Einarbeitung werden weiter intensiviert werden (Qualifizierungsoffensive).

Die Bundesanstalt für Arbeit braucht keine Zuschüsse mehr. Sie erzielt Überschüsse. Die dadurch gewonnenen Möglichkeiten wurden zur Verlängerung der Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes für ältere Arbeitnehmer genutzt. Wir werden auch künftig dafür sorgen, daß die Funktionsfähigkeit der Arbeitslosenversicherung erhalten bleibt.

Rentenversicherung

Im Vordergrund der rentenpolitischen Maßnahmen standen die Sicherstellung der akut bedrohten finanziellen Leistungsfähigkeit der gesetzlichen Rentenversicherung sowie eine mittelfristige Absicherung ihrer Finanzsituation. Dies ist jetzt gelungen.

Mit dem Hinterbliebenen- und Erziehungszeiten-Gesetz haben wir in kurzer Zeit einen Auftrag des Bundesverfassunggerichtes aus dem Jahre 1975 erfüllt. Unsere Vorgänger waren dazu nicht in der Lage. Das jetzt verwirklichte Modell einer Hinterbliebenenrente mit Freibetrag schont die kleinen Rentner, ist frauenfreundlich und kostenneutral. Mit der Anrechnung eines rentenbegründenden und rentensteigernden Kindererziehungsjahres ist ein

neues Element der Solidarität und Gerechtigkeit in die Rentenversicherung eingeführt worden.

Die veränderte ökonomische und demographische Situation erfordert eine grundlegende Strukturreform der gesetzlichen Rentenversicherung. Als Eckpunkte sind zu nennen:

- Ausgestaltung des Grundsatzes der gleichgewichtigen Entwicklung von Renten und verfügbaren Arbeitnehmereinkommen;
- Neuorientierung des Bundeszuschusses;
- Neuordnung der Anrechnung beitragsloser Zeiten.

Recycling 1984 brachte Rekordergebnis

Mit 795 000 Tonnen hat die Behälterglas-Industrie in der Bundesrepublik Deutschland im Jahr 1984 das bisher höchste Ergebnis der Altglas-Sammlung durch Container erzielt. Damit wurden von den Glashütten fast 80 Prozent (!) der Menge zurückgenommen, die als sogenannte Einweg- oder Recyclingflaschen für Massengetränke produziert wurden. Das Recycling von Altglas hat für unsere Mitbürger außer dem Umweltaspekt aber auch einen finanziellen Reiz: was nicht in die Mülltonne gelangt, entlastet die Müllabfuhr und damit die Gebühren, die jeder für die Abfallbeseitigung zu zahlen hat.

Viele Kamine sind Dreckschleudern

Mancher Kamin ist immer noch eine wahre Dreckschleuder. Bayerns Kaminfeger haben 1984 nicht weniger als 230 000 Mängel bei alten und 49 000 Mängel an neugebauten Kaminen festgestellt. Bei Rauchgasmessungen lag die Mängelquote in einer Untersuchung von fast einer Million Rauchfängen bei elf Prozent.

FAMILIE

Die politische Wende in der Familienpolitik

In der Familienpolitik kommt der politische Wandel der Gesellschaftspolitik nach der Regierungsübernahme am deutlichsten zum Ausdruck. Die ständige Infragestellung der Familie durch die SPD ist keine regierungsamtliche Politik mehr. Die SPD betrachtet die Familie als einen Kranken, der ständig behandelt und therapiert werden müsse.

Wir haben dieser familienpolitischen Kurpfuscherei ein Ende bereitet, erklärte MdB Kroll-Schlüter in Bonn. Jetzt wird die Familie wieder gefördert und ihre Erziehungskraft gestärkt.

Unser Leistungskatalog lautet:

Einführung eines Kindergeldzuschlages

Höhere Kinderfreibeträge

Einführung eines Erziehungsgeldes

Anerkennung von Erziehungszeiten bei der Rente

Höheres Wohngeld

Bessere Unterstützung der Alleinerziehenden

Bundesstiftung Mutter und Kind

Für Bauherren mit Familie Abzugsmöglichkeiten von der Steuerschuld bereits für das erste Kind

Wiedereinführung des Kindergeldes für 18 bis 20jährige Arbeitslose und Ausbildungswillige, die noch keinen Arbeitsplatz gefunden haben

Alle diese Maßnahmen, die bereits wirksam sind oder zum 1. Januar 1986/1987 in Kraft treten, wären mit der SPD nicht durchsetzbar gewesen.

(Siehe auch UiD-Dokumentation im grünen Teil.)

Verwaltungsreform und neue Führungsstruktur

Völlige Neugliederung der Ministerien, ihre Entlastung von der Bearbeitung von Einzelfällen und die Einrichtung neuartiger „Landesagenturen“, veränderte Führungsstrukturen und zentrale Personalsteuerung schlägt eine von Ministerpräsident Lothar Späth eingesetzte Kommission zur Reform der Verwaltung des Landes Baden-Württemberg vor.

Bei der Verwirklichung der Vorschläge würden zwei neuartige Ministerien entste-

hen: Ein Umweltministerium, das Naturschutz, Ökologie, Bodenschutz einerseits und Straßenbau, Verkehr, Bauleitplanung andererseits umfaßt, sowie ein Ministerium für Kommunikation und Kunst, in dem u. a. Theater, Bildende Kunst und Neue Medien zusammengefaßt werden.

Neu ist auch, daß es — nach der Überzeugung der Kommission — in Zukunft kein Landwirtschaftsministerium mehr geben sollte. „Landwirtschaft“ soll zu einer Abteilung des Wirtschaftsministeriums werden.

■ IDU-KONGRESS

Erfolgreicher Verlauf der zweiten Parteiführerkonferenz

Am 25./26. Juli 1985 fand das zweite Parteiführertreffen der 1983 gegründeten Internationalen Demokratischen Union statt. Die Internationale Demokratische Union, die 23 konservative, christdemokratische und andere Mitte-Rechts-Parteien vereinigt — u. a. neben CDU und CSU die britischen Konservativen, die US-Republikaner und die japanischen Liberaldemokraten, vertritt gegenwärtig weltweit eine Wählerschaft von über 150 Millionen Menschen.

Auf der Konferenz waren die Regierungschefs Thatcher (Großbritannien), Willoch (Norwegen), Schlüter (Dänemark) anwesend; Bundeskanzler Helmut Kohl wurde vertreten durch den Ministerpräsidenten von Rheinland-Pfalz, Bernhard Vogel, der eine Delegation bestehend aus Bundesschatzmeister Walther Leisler Kiep, Parl. Staatssekretär Ottfried Hennig, Parl. Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Friedrich Bohl, Europaabgeordneter Elmar Brok sowie dem Leiter des Büros für auswärtige Beziehungen der CDU, Roland Wegener, leitete. Die CSU wurde durch Ministerpräsident Franz Josef Strauß vertreten.

Auf der Konferenz wurden insbesondere das Ost-West-Verhältnis, die Lage im südlichen Afrika, die Herausforderung der Demokratie durch den internationalen Terrorismus sowie die Privatisierung von Staatsunternehmen behandelt. Zu der gegenwärtigen Lage im Ost-West-Verhältnis sowie zur Haltung der Christlich-Demokratischen Union zur strategischen Vertei-

digungsinitiative der USA erklärte Ministerpräsident Vogel u. a., daß die Sicherung der Verteidigungsfähigkeit ebenso wie die Bereitschaft zu friedlicher Zusammenarbeit mit den Staaten des Warschauer Paktes Richtschnur des politischen Handelns der CDU und der von ihr getragenen Bundesregierung sei. Wenngleich in Genf rasche Ergebnisse nicht zu erwarten seien, böten die Verhandlungen gleichwohl die Chance, der Rüstungskontrolle einen neuen Impuls zu geben. Die CDU erwarte von den Genfer Verhandlungen eine Verbesserung der strategischen Stabilität durch drastische Reduzierungen und Begrenzungen der Interkontinental- und Mittelstreckenraketen sowie die Weichenstellung für kooperative Lösungen auf dem Gebiet neuer Raketenabwehrsysteme im Weltraum. Nachdem die Sowjetunion bereits seit über einem Jahrzehnt Forschungen zur Entwicklung eines Raketenabwehrsystems betreibe und bereits jetzt über einsetzbare Antisatellitenwaffen verfüge, sei das US-amerikanische Forschungsprogramm militärisch gerecht fertigt, politisch notwendig und im Sicherheitsinteresse des Westens insgesamt. Allerdings dürfe die Sicherheit Europas nicht von der Sicherheit der USA abgekoppelt werden; die Strategie der flexiblen Antwort müsse gültig bleiben und in der Phase eines möglichen Übergangs zu einer neuen Form strategischer Stabilität müßten Instabilitäten vermieden werden.

Die Entscheidung über eine mögliche deutsche Beteiligung an dem Forschungsprojekt werde gefällt werden nach Konsultationen mit unseren europäi-

schen Partnern; sie werde geleitet sein von unserem Interesse an fairer Partnerschaft und einem freien Austausch der Erkenntnisse von beiden Seiten.

In dem Abschlußkommuniqué äußerte die Konferenz insbesondere folgende Standpunkte:

■ Zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus ist der Abschluß internationaler Vereinbarungen erforderlich; den Terroristen darf kein Asyl gewährt werden.

Im Wirtschaftsbereich müssen alle Formen des Protektionismus verhindert werden. Eine Lösung des Verschuldungsproblems der Entwicklungsländer ist nur möglich auf dem Wege eines konstruktiven Dialogs beider Seiten, wobei flexible Lösungen gefunden werden müssen, die die wirtschaftliche Entwicklung sowie die gesellschaftliche Stabilität der Entwicklungsländer berücksichtigen. Zur Stärkung der wirtschaftlichen Erholung in den Industrieländern ist eine Fortsetzung der Anti-Inflationspolitik erforderlich; die Privatisierung sowie die Entbürokratisierung von Staatsunternehmen können ein weiterer Beitrag hierzu sein. Wirtschaftliches Wachstum sowie eine Stärkung des privaten Sektors der Wirtschaft sind neben der Verbesserung der beruflichen Ausbildung sowie eines flexibleren Beschäftigungssystems die Voraussetzung für den Abbau der Arbeitslosigkeit, insbesondere in der Jugend.

Im Bereich der West-Ost-Beziehungen sprach sich die Konferenz für einen konstruktiven West-Ost-Dialog und insbesondere für einen Erfolg der Verhandlungen in Genf in Form von überprüfbaren Rüstungskontrollvereinbarungen sowie einem neuen Gleichgewicht auf niedrigerem Niveau aus.

■ Im Hinblick auf die Erhaltung des strategischen Gleichgewichts durch die Sicherung der Verteidigungsfähigkeit

des Westens halten die Parteiführer die US-Forschung im Bereich der strategischen Waffen, die strategische Verteidigungsinitiative, für gerechtfertigt im Interesse der freien Welt.

Im Hinblick auf die Lage in Zentralamerika wurde die Wiederherstellung der Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in El Salvador begrüßt; demgegenüber bedauerten die Parteiführer die Verschlechterung der Lage der Bürgerfreiheiten in Nicaragua und betonten ihre Unterstützung für die demokratische Opposition in diesem Land. Sie forderten die Aufnahme eines nationalen Dialogs in Nicaragua entsprechend dem von Duarte in El Salvador vorgeschlagenen Modell.

Hinsichtlich der Lage im Nahen Osten riefen die Parteiführer dazu auf, auf der Basis der Initiative des jordanischen Königs Hussein Verhandlungen einzuleiten, die zu einem dauerhaften Frieden in der Region unter Sicherung der Rechte der Palästinenser wie Israels führen.

■ Zur Lage in Südafrika verurteilte die Konferenz das Apartheid-System und forderte die Einleitung eines nationalen Dialogs mit dem Ziel der Beteiligung aller am politischen Leben des Landes.

**Bernhard Vogel
zum Vizepräsident gewählt**

Im Rahmen der Neuwahl der Führungsgruppen, in der der IDU-Vorsitzende Alois Mock, Vorsitzender der Österreichischen Volkspartei, in seinem Amt für weitere zwei Jahre bestätigt wurde, wurde Ministerpräsident Vogel zum Vizepräsidenten der Europäischen Demokratischen Union gewählt. Der Vorsitzende des Bundesfachausschusses Außenpolitik der CDU und stellv. Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Volker Rühe, wurde zum Vorsitzenden des Außenpolitischen Ausschusses der IDU berufen.

Insgesamt zeigte die Konferenz das hohe Maß an Übereinstimmung in allen grund-

sätzlichen außen-, innen- und wirtschaftspolitischen Fragen zwischen den Mitgliedsparteien bereits nach der kurzen Gründungsphase auf. Darüber hinaus bewährte sich die Konferenz als Rahmen für zahllose bilaterale Kontakte mit den anderen Mitgliedsparteien, die seit der Gründung der IDU ein qualitativ neues Niveau erreicht haben. Die CDU mißt der Arbeit in der IDU und EDU — auch im Hinblick auf ihre Brückefunktion zu den der IDU noch nicht angehörenden christdemokratischen Parteien in der Christdemokratischen Internationale — erhebliche Bedeutung bei. Sie tritt daher für eine weitere Intensivierung dieser Arbeit ein. ■

Statistiker sagen Baden-Württemberg gute Zeiten voraus

Die Zahl der Arbeitslosen in Baden-Württemberg wird im laufenden Jahr weiter abnehmen und im Durchschnitt auf unter 200 000 sinken. Dies prophezeit das Statistische Landesamt in seinem jetzt vorgelegten „Statistisch-prognostischen Bericht 1984/85“. Im Jahresschnitt rechnen die Statistiker mit einer Arbeitslosenquote von noch 4,9 Prozent, während sie bundesweit eine Quote von 8,6 Prozent vorhersagen. Das macht den Südweststaat offenbar für Arbeitsuchende von außerhalb der Landesgrenzen immer attraktiver. Ihr Zustrom hat sich deutlich erhöht. Der Anteil der Deutschen unter den Bewohnern Baden-Württembergs stieg erheblich und wird laut Prognose weiter wachsen. Für Ende dieses Jahres rechnet man beim Statistischen Landesamt mit einer „Entspannung“ auf dem Lehrstellenmarkt. Schon Ende September 1984 hatte es regional sogar einen Mangel an Bewerbern gegeben. Im Arbeitsamtbezirk Ludwigsburg etwa gab es fünfmal so viele Stellen wie noch nicht vermittelte Bewerber.

■ INFORMATION

Erste Erfolge der Flugüberwachung

Seit Beginn der Flugüberwachung der Nordsee Mitte 1983 ist die Zahl der beobachteten Verschmutzungen durch Öl deutlich zurückgegangen. Während im zweiten Halbjahr 1983 im Verlauf einer Flugstunde durchschnittlich 1,6 Verschmutzungen beobachtet werden konnten, waren es im zweiten Halbjahr 1984 nur noch 0,3 Verschmutzungen. Dieser Erfolg für die Umwelt kann nach Auffassung des niedersächsischen Landwirtschaftsministers Gerhard Glup auf die abschreckende Wirkung der Luftüberwachung sowie auf die rigorose Verfolgung von Gewässerverschmutzungen zurückgeführt werden. Das unerlaubte Einleiten von Öl wird mit Strafen bis zu 100 000 Mark geahndet.

Ifo: Der Aufschwung wird sich 1986 fortsetzen

Der bereits seit zweieinhalb Jahren währende Konjunkturaufschwung in der Bundesrepublik wird nicht nur 1985 anhalten, sondern sich auch noch 1986 fortsetzen. Zu diesem Ergebnis kommt eine Studie des Münchener Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung. Unter dem Einfluß der Steuerentlastung hält das Ifo für 1986 sogar noch eine Beschleunigung des Wachstums für möglich. Nachdem im laufenden Jahr das reale Bruttonsozialprodukt um 2,5 Prozent zunehmen wird, könnten es dann etwa drei Prozent sein. Sollte es in den USA allerdings zu einer ausgeprägten Rezession kommen und/oder der Dollarkurs abrupt fallen, dann müßte mit einer erheblichen Beeinträchtigung der wirtschaftlichen Entwicklung gerechnet werden.

BUNDESPOST

Erfolgreiche Post

Der soeben vorgelegte Geschäftsbericht der Deutschen Bundespost bestätigt in einer bisher nie dagewesenen Eindeutigkeit den Erfolgskurs der Bundespost unter Bundespostminister Schwarz-Schilling, erklärte der postpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Gerhard-O. Pfeffermann.

Darüber hinaus zeigt der Bericht die Aufgeschlossenheit der Post gegenüber der Nutzung neuer technischer Möglichkeiten, mit denen nicht nur die Arbeitsplätze gesichert, sondern auch Zehntausende neuer Arbeitsplätze geschaffen wurden. Wenn heute in Ländern und Gemeinden ernsthaft über privates und lokales Fernsehen nachgedacht wird, dann zeigt dies den Durchbruch, den die Diskussion auf diesem Sektor im Sinne der Freiheit für den Bürger in der Zwischenzeit erreicht hat.

Im Vergleich zu diesen Ergebnissen mutet die Kritik des Parlamentarischen Geschäftsführers der SPD, Helmuth Becker, an der Postpolitik geradezu kleinkariert an. Im übrigen hatte er genügend Zeit, die vermeintlichen Schwächen, die er aufzeichnete, in seiner Zeit als parlamentarischer Staatssekretär in diesem Ministerium abzustellen. Aber in dieser Zeit gab es dort nur große Worte und saftige Gebührenerhöhungen, beim Briefporto gleich um 20 Pfg. Jetzt ist die Devise zu handeln und Gebührenerhöhungen nach Möglichkeit zu vermeiden. Dies ist auch bis jetzt gelungen. Dafür ist der soeben vorgelegte Geschäftsbericht ein schlagender Beweis.

WOHNUNGSBAU

Mieten sinken

Nach einer Mitteilung des Verbandes Rheinischer Wohnungsunternehmen konnten die in den letzten Monaten fertiggestellten Sozialwohnungen zu einer niedrigeren Miete als ursprünglich kalkuliert an Wohnungs-suchende vergeben werden. Ermöglcht wurde dies nach Angaben des Verbandes durch Einsparungen von bis zu 13 Prozent bei den Herstellungskosten und durch die abbröckelnden Zinssätze für Hypotheken.

Hierzu erklärt der Vorsitzende des Ausschusses für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau, Franz Möller: Diese Meldung ist überaus erfreulich. Sie strafft alle jene Lügen, die nach der Übernahme der Regierungsverantwortung durch die christlich-liberale Koalition düstere Zeiten für die Mieter prophezeihten. Die Bundesregierung kann auf greifbare Erfolge ihrer Haushalts-, Wirtschafts- und Wohnungspolitik hinweisen. Wenn jetzt der Preisauftrieb auf allen Gebieten gebremst ist, die Zinssätze für Hypotheken und die Baulandpreise abbröckeln, dann ist dies ein Ergebnis der konsequenten Haushaltkskonsolidierungspolitik. Niedrige Zinsen und fallende Baulandpreise sind die wichtigsten Voraussetzungen für eine Erholung der Baukonjunktur. Die Erfolge der Bundesregierung zeigten sich bereits in den letzten Monaten bei den Mieten im freifinanzierten Wohnungsbau. Die von SPD und Mieterbund beschworene Mietenexplosion blieb aus. Die Mieten steigen nicht mehr wie zu SPD-Zeiten, der Mieteranstieg hat weiterhin fallende Tendenz. Für Mieter kommt eine weiter spürbare Entlastung am 1.1.1986 durch die Verbeserung des Wohngeldes.

■ ÖFFENTLICHKEITSARBEIT

CDU extra

Die Daten sprechen für den Erfolg der Regierung Helmut Kohl

Unser Land ist Spitze

Lehrstellen: Neuer Rekord

Was ist die D-Mark auch wieder wert?

Die Wirtschaft kommt kräftig voran

Die Arbeitslosigkeit sinkt

Katy: So sparen Sie Geld und schützen Ihre Umwelt

Metallindustrie: 108 000 neue Stellen

Zeitungslugblatt CDU extra Unser Land ist Spitze

In einem aktuellen Zeitungsflugblatt sind die wichtigsten Erfolgsmeldungen der Regierung Helmut Kohl, die diese Aussage belegen, zusammengestellt:

- Die Wirtschaft kommt kräftig voran
- Die Preise sind stabil
- Katalysator: So sparen Sie Geld und schützen Ihre Umwelt
- Ab Januar 1986 weniger Steuern
- Metallindustrie: 100 000 neue Stellen

- Wir lieben Kinder (Erziehungsgeld)
- Wir schaffen die Voraussetzungen für mehr Arbeitsplätze

■ Lehrstellen: neuer Rekord zu erwarten. In Zeitungsform gut lesbar und übersichtlich gestaltet, bietet sich das Zeitungsflugblatt als ideales Verteilmittel für Straßenaktionen an. Es eignet sich hervorragend dazu, alle Miesmacher und Pessimisten zu widerlegen und nachzuweisen, daß die Regierung von Helmut Kohl erfolgreich arbeitet.

Mindestabnahme: 100 Stück

Preis pro Mindestabnahme: 11,50 DM
Bestell-Nr. 2678

Bestellungen an das IS-Versandzentrum,
Postfach 1328, 4804 Versmold

Neue Broschüren

Katalysator, bleifreies Benzin:

Unsere Luft wird sauberer

Klarheit für Autofahrer:
Alle Informationen zur Steuerbefreiung und -vergünstigung
mit Tabellen und Beispielen

So sparen Sie Geld und schützen Ihre Umwelt!

Unsere Luft wird sauberer

Mit übersichtlichen Tabellen und anschaulichen Beispielen informiert die Broschüre über:

- Steuerbefreiung für schadstoffarme Autos
- Steuerbefreiung für bedingt schadstoffarme Autos
- Steuersenkung für bleifreies Benzin.

Die Broschüre enthält ebenfalls Informationen darüber, wie man die Steuererleichterungen erhält und ist damit ein ideales Informationsmittel, das bei Autofahrern auf großes Interesse stößt. Zugleich informiert die Broschüre über die Erfolge der CDU-Umweltpolitik auch in anderen Bereichen.

Mindestabnahme: 50 Stück

Preis pro Mindestabnahme: 10,— DM
Bestell-Nr. 2664

Erfolgsbilanz der Sozial- und Gesellschaftspolitik

In einer beeindruckenden Zwischenbilanz dokumentiert diese Broschüre 44 Pluspunkte für die Sozial- und Gesellschaftspolitik der CDU/CSU-geführten Bundesregierung.

Mit anschaulichen Grafiken illustriert, weist die Broschüre u. a. eindeutig nach, daß die Neuverschuldung gesenkt wurde, die Zahl der Beschäftigten wieder wächst, das Realeinkommen von Arbeitnehmer- und Rentnerhaushalten steigt und die neuabgeschlossenen Ausbildungsverträge Rekordhöhe erreichen.

Mindestabnahme: 50 Stück

Preis pro Mindestabnahme: 27,— DM
Bestell-Nr. 5682

Medien von morgen – Für mehr Bürgerfreiheit und Meinungsvielfalt

Auf einem Medienkongreß hat die CDU/CSU Anfang des Jahres eine aktuelle Kursbestimmung ihrer Medienpolitik vorgenommen. Die medienpolitischen Grundsätze der Union auf dem Kongreß hat die CDU-Bundesgeschäftsstelle jetzt in einer Broschüre zusammengefaßt.

Die behandelten Themen reichen vom Film über die öffentlich-rechtlichen und privaten Rundfunkveranstalter, die Mediengesetzgebung in den Ländern, die medienpolitischen Grundlinien der Bundesregierung bis zum unternehmenspolitischen Konzept der Deutschen Bundespost zur Telekommunikation.

Mindestabnahme: 1 Stück

Preis pro Mindestabnahme: 1,10 DM
Bestell-Nr. 3660

Zur Sache:

Unser Land ist Spitzel!

Durch die erfolgreiche Wirtschafts- und Finanzpolitik der Regierung Helmut Kohl steht unser Land endlich wieder gut da:

- Die Preise sind stabil wie zu Ludwig Erhards Zeiten. Inflation, wie bei der SPD, ist kein Thema mehr. Preisstabilität ist die beste Einkommens- und Sozialpolitik für Arbeitnehmer und Rentner.
- Die Wirtschaft wächst kräftig. Nur so können Arbeitsplätze geschaffen und gesichert werden.

- Die Zinsen sinken, die Investitionen steigen.
- Rekord beim Export. „Made in Germany“ ist wieder gefragt.
- Der Arbeitsmarkt bewegt sich. Viele Firmen stellen wieder neue Leute ein.

Die SPD hat nichts dazugelernt. Erst hat sie uns die größte Wirtschaftskrise seit 40 Jahren eingebrockt. Heute kommt sie mit Rezepten aus der Mottenkiste und macht alles mies. Es bleibt dabei: Die SPD versteht nichts von der Wirtschaft.

Die Regierung Helmut Kohl ist die erfolgreichste Regierung in Europa. Unser Kurs stimmt. Deutschland ist auf dem richtigen Weg.

CDU
sicher
sozial
und frei

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 24 49
5300 BONN 1

TERMINE

19./20. 8. **LV Rheinland-Pfalz**
Landesvorstand und Klausurtagung, Bad Bergzabern

19. 8. **Wirtschaftsrat Rheinland**
Vorstand und geschäftsf. Vorstand, Köln

19. 8. **LV Rheinland**
Vorstand und geschäftsf. Vorstand, Köln

20. 8. **CDA Rheinland-Pfalz**
Landesvorstand, Mainz

21. 8. **LV Rheinland-Pfalz**
Landesparteiausschuß, Mainz

21. 8. **LV Rheinland**
Kreisvorsitzendenkonferenz, Köln

23. 8. **LV Schleswig-Holstein**
Vorstand mit den Kreisvorsitzenden der Vereinigungen, Kiel

24. 8. **EAK Schleswig-Holstein**
Sitzung, Kiel

26. 8. **CDU Präsidium**
Sitzung, Bonn

26. 8. **LV Schleswig-Holstein**
LFA „Berufliche Bildung“, Kiel

27. 8. **LV Schleswig-Holstein**
Kreisgeschäftsführerkonferenz, Kiel

28. 8. **LV Braunschweig**
Landesvorstand, Braunschweig

30./31. 8. **CDA Schleswig-Holstein**

30./31. 8. **CDA Bund**
Bundesvorstand, Königswinter

30. 8. **Frauenvereinigung Schleswig-Holstein**
Seminar, Eutin

30. 8. **Frauenvereinigung Rheinland-Pfalz**
Vorstand, Mainz

1. 9. **LV Westfalen-Lippe**
40 Jahre CDU, Bochum

1./7. 9. **Exil-CDU**
Deutschlandpolitisches Seminar, Berlin

2. 9. **MIT Bund**
1. Vorstandssitzung nach der Sommerpause, Bonn

2. 9. **CDU Bundesvorstand**
Sitzung, Bonn

3. 9. **LV Bremen**
Landesvorstand, Bremen

4. 9. **CDU Bund**
Landesgeschäftsführerkonferenz, Bonn

5. 9. **Frauenvereinigung Schleswig-Holstein**
Hauptausschuß, Kiel

6. 9. **Frauenvereinigung Hessen**
Landesvorstand, Gießen

6. 9. **CDA Baden-Württemberg**
Landestagung, Ulm

7. 9. **Junge Union Rheinland**
Landestagung, Essen

7. 9. **LV Oldenburg**
Landesvorstand, Wardenburg

Union in Deutschland — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41, Btx-Nr. * 54411 #. Verlag: Union Betriebs GmbH, Argelanderstraße 173, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 22 10 81. Vertrieb: Telefon (02 28) 5 44-3 04. Verlagsleitung: Dr. Uwe Lüthje, Eberhard Luetjohann. Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto-Nr. 7 504 152 (BLZ 380 500 00), Postscheckkonto Köln, Nr. 2214 31-502 (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 48,— DM. Einzelpreis 1,20 DM. Druck: VVA-Druck, Düsseldorf.